

Jan Turowski

## Gleichheit oder die Rückkehr einer alten Frage



Jan Turowski

(\* 1969) ist Politikwissenschaftler und Kulturtheoretiker in Berlin.

jan.turowski@snaflu.de

Die Wahlkampfstrategen der Parteien haben in den letzten Wochen mehrmals versucht, die Bundestagswahl zu einer Richtungsentscheidung zu erheben, in der es um mehr als nur um die Politik der nächsten vier Jahre geht, sondern um eine Entscheidung über politische Grundsätze, die weit in die Zukunft reichen. Eine solche kommunikative Überhöhung ist als Wahlkampfinstrument zur Mobilisierung des eigenen Lagers üblich, obgleich sich solch dramatische Stilisierungen bei allzu häufiger Verwendung abnutzen und angesichts der verfügbaren Koalitionskonstellationen argumentativ kaum zünden können.

Freilich stellt die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, deren Herausforderungen nur erahnt werden können, offenbar tatsächlich eine Zäsur dar. Sie könnte sich als eine Art Zeitenwende erweisen, an der ein Politikzyklus endet und nun ein neuer Zyklus mit einer grundlegenden Neuordnung der Beziehungen von Politik, Staat und Ökonomie beginnt. Die politischen Leitbilder des letzten Jahrzehnts jedenfalls – z.B. »schlanker Wettbewerbsstaat« oder »Gewährleistungsstaat« – klingen schon jetzt wie Relikte einer vergangenen Epoche. Die Erosion des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus, der die letzten 20 Jahre dominierte, wirft die Frage auf, was auf die Krise folgt: ein Zurück zum Ausgangspunkt vor der Krise mit ein paar kleinen Re-Regulierungen oder etwas historisch gänzlich Neues, was über die gegenwärtigen Lösungskonzepte und Gestaltungsansprüche hinausreicht.

### Rückkehr der zentralsten Frage des Politischen: Wie viel Gleichheit?

Während die gegenwärtige Weltrezession die bekannten Herausforderungen der letzten Jahre wie z.B. die Finanzierungsprobleme des Sozialstaates, die insgesamt sinkenden Wachstums- und Profitraten in der Realwirtschaft oder die Umbrüche in der Arbeitswelt weiter verschärft hat, bricht nun mit der Krise ein politisches Problemlösungskonzept in sich zusammen, das den Zeitgeist der letzten Jahrzehnte auch bis in die Sozialdemokratie hinein bestimmte: dass der Markt meist klüger sei als die Politik, vor allem aber flexibler, effizienter und billiger.

Es zeichnet sich nun ab – etwa im sozialdemokratischen Deutschland-Plan, der die Arbeit der Zukunft beschreibt –, dass die Politik in den nächsten Jahren wieder nach eigenen, nach politischen Leitmotiven und Gestaltungsansprüchen suchen muss, die über das Ökonomische hinausweisen. Dies vor

allem, weil – nicht zuletzt wegen der Deregulierungen, Liberalisierungen und Privatisierungen des letzten Politikzyklus – eine der zentralsten Fragen und Antriebskräfte des Politischen sich wieder in den Vordergrund gedrängt hat: die soziale Ungleichheit.

Schien die politische Frage der sozialen Gleichheit mit dem Ausbau des Sozialstaates und in einer Gesellschaft der Vollbeschäftigung in den frühen 70er Jahren als weitgehend beantwortet, driftet die Gesellschaft seitdem sozio-ökonomisch wieder auseinander. Heute stehen sich auch wieder geschmacklos gezeigter, Reichtum und Armenküchen erneut in einer Weise gegenüber, wie man es vor nicht allzu langer Zeit noch für unmöglich gehalten hätte.

Wie gleich oder wie ungleich eine Gesellschaft ist, berührt den Kern der Demokratie. Diese gründet auf dem Fundament gleicher politischer Rechte und der Gleichheit der Menschenwürde. Zugleich führt die Gleichheit der Freiheit zwingend zu Ungleichheit, weil gleiche Freiheitsrechte den Bürgern garantieren, ihre Freiheit unterschiedlich ausleben zu dürfen. Freiheit begründet ein natürliches, meist produktives Spannungsverhältnis von Gleichheit und Ungleichheit, und in einer Demokratie ist Ungleichheit an sich noch kein Problem. Die marktkapitalistische Ökonomie erzeugt allerdings Ungleichheiten, welche die demokratische Bürgergleichheit unterlaufen können, da sie Abhängigkeiten und Ausgrenzungen bewirken. Ab einem bestimmten Ausmaß kann marktbedingte, sozioökonomische Ungleichheit Menschen an der aktiven Wahrnehmung ihrer Rechte hindern. Das demokratische Gleichheitsprinzip kann also in Widerspruch zur Ungleichheit der ökonomischen Ressourcenverteilung geraten.

### **Gleichheit und Ungleichheit im Sozialstaat**

Die historische Antwort auf dieses demokratische Dilemma stellt der Sozialstaat dar, der nach dem Zweiten Weltkrieg in Westeuropa installiert wurde. Er korrigiert die rein marktförmige Verteilung und schwächt soziale Ungleichheiten ab, schützt vor sozialen Risiken, Armut und Unterversorgung und stellt eine Infrastruktur öffentlicher Güter bereit. Durch ein ganzes Bündel solcher Maßnahmen erzeugt der Sozialstaat eine Sockelgleichheit. Besteht eine solche »qualitative Gleichheit«, die allen Bürgern die Wahrnehmung ihrer Rechte garantiert, verliert das Problem darüber hinaus reichender »quantitativer Ungleichheit« seine Bedrohlichkeit.

Der Sozialstaat generiert nicht automatisch größere Gleichheit. Vielmehr ist er ein aktives System, das soziale Beziehungen ordnet, Ausbildungswege und Erwerbsbiografien prägt und spezifische Aufstiegschancen eröffnet, das Familienleben ebenso wie die industriellen Beziehungen beeinflusst. Seine sozialen Sicherheitsnetze gründen auf bestimmten sozialen Annahmen und Vorstellungen, setzen eine bestimmte Normalität voraus und schaffen neue Verletzlichkeiten und soziale Benachteiligungen. Der Sozialstaat erzeugt seinerseits Ungleichheiten. Auch für den Sozialstaat ist Ungleichheit an sich noch kein Problem. Die politische Akzeptanz der Ungleichheit von Lebenschancen, Gütern und Belohnungen hängt entscheidend davon ab, ob die Zuteilungsstrukturen als gerecht angesehen werden.

Denn der Sozialstaat ist auch ein gegenseitiges Versprechen: Die Bürger be-

mühen sich, ihre bestmöglichen Leistungen zu erbringen, sich zu bilden und hart zu arbeiten, nach »den Regeln zu spielen« und die gegebenen Verteilungsmechanismen zu akzeptieren, dafür garantiert ihnen der Sozialstaat soziale Sicherheit. Die Lebensläufe der Menschen richten sich an diesem Versprechen aus. Die Bürger verlassen sich bei ihren Lebensentscheidungen auf eben diese Sicherheit: dass bestimmte Ausbildungsabschlüsse bestimmte Karrierewege eröffnen, dass die Gehälter stabil bleiben und sich vom Lebensalter abhängig entwickeln, dass der Arbeitsplatz relativ sicher ist, dass es den Kindern einmal besser gehen wird und dass später die Rente zum Leben reicht.

### Von der Ergebnisgleichheit zur Chancengleichheit?

Auch wenn der Sozialstaat sich in seiner Komplexität und Eigengesetzlichkeit längst zu einem eigenständigen gesellschaftlichen Teilsystem entwickelt hat, ist er kein Selbstzweck und seine historisch gewachsenen Verteilungsmechanismen und Institutionen sind nicht in Stein gemeißelt.

In den letzten Jahrzehnten haben demografischer Wandel, Globalisierung, das Ende der industriellen Massenproduktion, Veränderungen der Arbeitsformen sowie zunehmende Individualisierung einen erheblichen Reformdruck auf die Strukturen des Sozialstaats ausgeübt. Auch wenn an der Notwendigkeit kein

**»Die soziale Ungleichheit ist in den letzten Jahren jedoch gewachsen und wächst stetig weiter.«**

Zweifel besteht, müssen die Sozialstaatsreformen der letzten Jahre an dem politischen Ziel gemessen werden, die Gleichheit der Lebenschancen zu vergrößern oder doch zumindest zu bewahren. Die soziale Ungleichheit ist in den letzten Jahren jedoch gewachsen und wächst stetig weiter. Diese Ungleichheit resultiert aus der post-

industriellen Wissens- und Dienstleistungsökonomie, die Einkommen und Vermögen sehr viel ungleicher verteilt als zuvor noch die fordistische Produktionsökonomie. Um die Dynamik der neuen Ökonomie und die Entwicklung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten nicht zu behindern und weil sozialpolitische Umverteilungskapazitäten ohnehin geringer geworden sind, wurden Ungleichheiten verstärkt akzeptiert. Der reformierte Sozialstaat verstand sich immer weniger als eine Institution, die einer Logik folgt, die das Gegenteil zum Markt darstellt, sondern immer mehr als eine Institution, die an den Märkten orientiert bleibt. Das führte dazu, dass sich zunehmend marktähnliche Ungleichheiten, Unsicherheiten und Anforderungen auch in den Strukturen des Sozialstaates wiederfanden.

Die Reformen gewichteten die sozialpolitischen Zielwerte neu: von der relativen Ergebnisgleichheit zur Chancengleichheit. Der nationale Sozialstaat habe im Zeitalter der Globalisierung und Individualisierung nicht mehr die Kraft und Mittel, auf die materielle Gleichheit im Ergebnis hinzuwirken, sondern müsse sich stattdessen auf die gleiche Verteilung von Chancen konzentrieren. Bemerkenswert an dieser Reformrhetorik war, dass beide Gleichheitsprinzipien als Gegensätze und nicht als sich wechselseitig bedingende Voraussetzungen konstruiert wurden: Diese programmatische Gegenüberstellung übersah, dass auch der »alte« Sozialstaat über ein Mehr an Ergebnisgleichheit wirkliche Chancengleichheit herstellen wollte und ließ auch die Frage offen, wie viel Chancengleichheit es in einer ansonsten höchst ungleichen Gesellschaft überhaupt geben kann.

Der Begriff Risikogesellschaft beschreibt eine Gesellschaft, in der die Freisetzung des Individuums aus seinen ursprünglichen sozialen Klassenstrukturen und Geschlechterrollen neue Freiheiten der Selbstverwirklichung und Emanzipation mit sich bringt. Zugleich bedeutet der Zugewinn an Autonomie für das Individuum auch neue Risiken und größere Unsicherheiten. Die Risikogesellschaft setzt nicht nur Entscheidungsmöglichkeiten frei, die man nutzen kann, sondern auch institutionalisierte Entscheidungszwänge, die man nutzen muss. Es entstehen Ungleichheiten der Risikoverteilung. Risiken und Chancen entmischen sich: Bei einem Teil der Gesellschaft kumulieren die Chancen, ohne dass ernsthaft Risiken zu bewältigen sind. Dem stehen die Ausgeschlossenen gegenüber, die mit den zunehmenden Risikoanforderungen nicht mehr Schritt halten können; dort kumulieren die Risiken. Der Zwang zur Chancenwahrnehmung zwingt die Menschen ihre individuellen Kompetenzen unentwegt zu steigern. Anstatt neue Ausgleichsmechanismen zu entwickeln, die diese ungleiche Risikoverteilung kompensieren, verlagerte der reformierte Sozialstaat mit dem neuen Leitmotiv der Chancengleichheit die Verantwortung für das eigene Scheitern zusätzlich auf das Individuum.

Chancengleichheit in einer ansonsten hoch ungleichen Gesellschaft läuft auf Selbstbehauptung in einem dauerhaften Wettbewerb und eine Ökonomisierung auch sozialer Beziehungen hinaus. Das schafft eine eher kalte und raue Gesellschaft. Nicht nur am unteren sozialen Rand der Gesellschaft machen sich zunehmend Überforderungsgefühle breit. Denn je mehr sich prekäre Arbeitsverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt ausbreiten, desto mehr verfestigen sich auch in der gesellschaftlichen Mitte Ängste vor sozialem Abstieg. Wenn nun weite Teile der Mittelschichten trotz aller Anstrengungen befürchten, ihr Wohlstandsniveau nicht mehr halten zu können, ist dies ein Zeichen dafür, dass das stille *Agreement* zwischen Sozialstaat und seinen Bürgern brüchig geworden ist. Es muss nun auf glaubwürdige Weise neu begründet werden.

### **Gleichheit als neue Triebkraft des Politischen?**

Der eigentliche Prozess der grundsätzlichen Neubestimmung des Politischen wird vermutlich erst nach der Bundestagswahl einsetzen, wenn sich die Folgeerscheinungen der Wirtschaftskrise mit voller Wucht bemerkbar machen. Während in den letzten Jahrzehnten ein Mehr an materieller Ungleichheit als Voraussetzung und Ergebnis einer modernen Wissensökonomie allseits als unhintergehbare Tatsache kommuniziert wurde und Ungleichheit erzeugende Marktmechanismen auf immer mehr Lebenswelten ausgedehnt wurden, verstärkt die Wirtschaftskrise Zweifel an eben diesen »Wahrheiten«.

In dem neuen, jetzt zu erwartenden Politikzyklus dürfte »Gleichheit« im umfassenden Sinne als Wert und Ziel wieder zu einem wichtigen Gestaltungsprinzip des Politischen werden. »Gleichheit« als politischer Anspruch könnte die Dominanz ökonomischer Gestaltungsprinzipien herausfordern und als Initialmotivation originär politische Fragen wie Lebensqualität, Demokratie oder Solidarität wieder auf die Agenda des Politischen setzen. Daran sollten die Kräfte künftig gemessen werden, die einen politischen Führungsanspruch erheben. Die Mitte-Links-Option gewinnt zunehmend an Aktualität.